

Pressemitteilung:

Verantwortlich:
Volker Maibaum
0231 9482089
0170 3038482



Stadtverband Dortmund
Luisenstr. 30
44137 Dortmund
Dortmund, den 19.06.2018

GEW Dortmund weist Vorwürfe zurück

Die Dortmunder Schulen machen Inklusion

Mit Erstaunen hat die Dortmunder GEW die Behauptungen von Elternvertretungen registriert, dass die Lehrkräfte Schuld an der unzureichenden Umsetzung der Inklusion in der Schule sind. „Es ist ärgerlich, dass der Vorsitzende eines Elternverbandes, dessen Sitz in Dortmund ist, nun die Schulen für die Probleme verantwortlich machen will“, erklärt der Dortmunder GEW-Vorsitzende Volker Maibaum. „Gerade Dortmund zeigt, dass die Schulen wollen und machen, aber dass das Ministerium sie nicht lässt.“

Im Wahlkampf hat die jetzige Regierungskoalition angekündigt, dass sie auf dem Gebiet der Inklusion alles anders, aber vor allem alles besser machen will. Seitdem warten die Schulen darauf, auch hier in Dortmund. Die Schulen arbeiten vor dem Hintergrund, dass weder Klarheit über die Stellenressourcen noch über die Aufgabenverteilung herrscht. In Dortmund müssen gegenwärtig Lehrkräfte aus dem Bereich der Hauptschule für Inklusionsaufgaben in andere Regelschulen der Sekundarstufe I abgeordnet werden. „Dies geschieht nicht, weil die Hauptschulen mit Förderschullehrkräften überbesetzt sind“, erläutert Volker Maibaum, „sondern weil an den anderen Schulformen noch mehr Leerstand ist, als an der Hauptschule.“ Der Lehrkräftemangel wird also nur anders verteilt, statt behoben. Vor diesem Hintergrund den Lehrkräften zu unterstellen, dass diese die Inklusion verhindern, ist aus Sicht der GEW Dortmund unredlich.

„Konzeptionslos sind nicht die Schulen, sondern das Ministerium“, meint der GEW Vorsitzende. Die Schulen versuchen seit Jahren die Herausforderung der Inklusion zu meistern, ohne dass sie wissen, was denn in Zukunft sein wird. Das Ministerium wirft seit einem Jahr immer neuen Begriffe in die Inklusionsdebatte. Mal ist von Schwerpunktschulen die Rede, ohne dass konkrete Schwerpunkte oder Schulformen benannt werden. Neuerdings wird dieser Begriff durch Bündelung ersetzt. Mal sollen die Gymnasien aus dem gemeinsamen Lernen ausgenommen werden, mal sollen alle Förderschulen erhalten und gestärkt werden. Allerdings gibt es immer noch keinen neuen Erlass, in dem z. B. die Mindestgröße von Förderschulen festgelegt wird. Es gibt keine Vorgaben für die Klassengröße in den Regelschulen des gemeinsamen Lernens. Eine klare Arbeitsplatzbeschreibung für die Beschäftigten in der Inklusion fehlt, sei es für die Lehrkräfte mit ihren unterschiedlichen Schwerpunkten noch für die diversen sozialpädagogischen Fachkräfte. Vor Ort müssen die Schulen sehen, wie sie klarkommen.

Der Vorwurf, dass die Lehrkräfte in der letzten Woche der Sommerferien noch am Strand liegen, statt sich fortzubilden, zeigt aus Sicht der GEW Dortmund die Unkenntnis der realen Situation in der Schule. Seit Jahren sind die Beschäftigten in der letzten Sommerferienwoche für die Schule erreichbar. Es finden Konferenzen statt und die Jahrgangsruppenteams tagen. Es werden die Nachprüfungen vorbereitet und durchgeführt. „Es ist bedauerlich, dass hier ein Elternvertreter wieder einmal den Gerhard Schröder nachmacht, statt gemeinsam mit den Beschäftigten die Ministerien an ihre Versprechen erinnert,“ erklärt der GEW-Vorsitzende Volker Maibaum